

Protokoll:

Beigeordneter Prümm ergänzt, dass sich auch hier die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland- Pfalz geäußert habe und empfiehlt, die Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Mehlbreuer erläutert, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplans eine Größe von 15 ha habe, die zu kompensierende Fläche jedoch bei 21 ha liege. Ausgleichsflächen werde man über Streuobstwiesen sowie eine Grünfläche im Baugebiet selbst kompensieren und artenspezifische Maßnahmen fänden ihre Umsetzung auf Flächen des Hinterbergs. Es verbleibe ein Defizit von circa 3,4 ha, welches nicht kompensiert werde.

Fraglich sei ob die städtebaulichen Belange wichtiger seien, als die nicht kompensierte Fläche, sodass dies in Kauf genommen werden könne. Sich mit Ausgleichflächen zufrieden zu geben hieße zugleich auch, dass man Flächen versiegeln werde, obwohl es diese Ausgleichsflächen schon bereits gebe.

Sie fordere die drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs, genau wie der Landesentwicklungsplan LEP 4, aufgestellt von den Sozialdemokraten der Landesregierung. Vor dem Hintergrund der geforderten Nachhaltigkeit und der demographischen Entwicklung sei eine Begrenzung bzw. Reduzierung des derzeitigen Umfangs der Flächeninanspruchnahme erforderlich.

In kommunalpolitischen Leitsätzen für die Jahre 2000- 2014 heiße es, dass die Bewahrung der Schöpfung für die CDU eine Verpflichtung sei. Koblenz sei eine grüne Stadt und der Anteil an Grünflächen und Wäldern sei groß. Schutz und Pflege der Natur und Umwelt habe einen hohen Rang. Die nachhaltige Entwicklung stelle man in den Mittelpunkt. Gleichwertige Beachtung der Ökologie und Ökonomie sei notwendig, um Wohlstand und sozialen Frieden dauerhaft zu sichern.

Zusätzlich zu der Einhaltung des LEP 4 fordere man den Verzicht auf die Umsetzung und Planung einer Alternative, unterstützt durch das BauGB §13a. Vorhandene Potentiale müsse man in den Fokus stellen; die Bewahrung der Schöpfung sei eine Verpflichtung.

Die Umsetzung des Bebauungsplans werde immer damit begründet, dass es dort viele private Grundstücke gäbe, deren Eigentümer seit Jahren darauf warten würden, zu bauen. Es werde mit dem Wunsch nach Wohnraum begründet und das man vermeiden wolle, dass zahlreiche Familien in das Umland zögen. Koblenz verfüge über eine Reihe von Wohnungen, sodass Wohnraum im

Bestand vorhanden sei. Die Bestandsimmobilie werde vorgezogen. Der Wunsch nach Mietwohnungen sei höher als der nach Einfamilienhäusern. Fraglich sei ob eine umfangreiche, teure Infrastruktur in Neubaugebieten bei immer weniger Steuerzahlern langfristig sinnvoll erscheine. Der Bebauungsplan „Baugebiet südliches Güls“ koste ungefähr 10,5 Mio. € Die Fraktion werde dem nicht zustimmen.

Rm Rosenbaum (CDU) schildert, dass mit der Zustimmung des Rates die Entwicklung eines Baugebietes mit mehr als 140 Einfamilienhäusern möglich sei. Die Grundstücksgrößen würden bei 200qm beginnen und seien in dieser Größenordnung gut bezahlbar. Man würde somit einer breiten Bevölkerungsschicht die Möglichkeit geben, Wohneigentum zu erwerben.

Das Gebiet sei ökologisch hochwertig, indem viele geschützte Tierarten ihren Lebensraum hier hätten. Deshalb habe die Planung von Beginn an das Ziel gehabt, die entstehenden Eingriffe in Natur und Landschaft zu minimieren. Durch die Festschreibung einer artenspezifischen Ausgleichsfläche für die im Plangebiet vorkommenden, geschützten Arten in unmittelbarer Nähe und nicht auf dem Hinterberg habe die Natur einen echten Zugewinn. Wenn dieser Bebauungsplan nicht verwirklicht worden wäre, hätten die Eigentümer die Flächen ihrer Grundstücke wieder landwirtschaftlich nutzen können. Auch dann wäre der Lebensraum den bedrohten Arten entzogen worden, allerdings ohne einen dafür angemessen geschaffenen Ausgleich. In Zeiten steigender Benzinpreise müsse es aus gesamtökologischer Sicht das Ziel sein, die Menschen wieder in der Nähe ihrer Arbeitsplätze anzusiedeln. Dies wäre bei den jetzigen Entwicklungen gegeben.

Auch der Ortsteil Güls gewinne mit seinen Kindergärten, Vereinen und dem Einzelhandel profitabel durch den Zuzug junger Menschen. Mit der Verwirklichung des Baugebietes werde auch die Straße von der Brücke ans Seniorenheim bis zum Bisholder Weg gebaut. Mit einer direkten Trasse zur B416 würden viele Verkehrsteilnehmer diesen Weg nehmen, um in die Innenstadt zu kommen. Damit werde der innerörtliche Verkehr von Güls wesentlich entlastet. Die Nachfrage nach diesem Baugebiet sei nach wie vor groß. Die CDU -Fraktion stimme zu.

Rm Wefelscheid (BIZ) berichtet, dass man beim Klimaschutzbündnis Mittelrheintal zwei Wochen lang Vorträge über die Klimaveränderungen gehalten habe. Unter anderem habe es auch eine Vortragsreihe über Flächenverbrauch gegeben. Man habe darauf hingewiesen, dass Koblenz sich besonders auszeichnen würde durch ökologischen Fortschritt. Mit Hinblick auf die

demographische Entwicklung solle man überlegen, ob man den Fortschritt auch auf die Bebauungspläne ausweiten könne und vom Flächenverbrauch Abstand nehme. Die BIZ-Fraktion werde den Anfang machen und lehne den Bebauungsplan ab.

Rm Schmidt (SPD) macht darauf aufmerksam, dass man sich überlegen solle, wie lange man schon an dem Baugebiet berate. Werde man nicht vorankommen, würden die Leute nach Winnigen, Wolken oder Bassenheim ziehen. Jedoch bräuchte man die jungen Familien und Leute im Stadtteil Güls. Deswegen bitte er den Rat um Zustimmung.

Rm Schupp (FDP) erläutert, dass die FDP-Fraktionen aufgrund ihres Wahlprogramms „Sanieren statt Bauen“ diesem Beschluss nicht zustimmen werde. Man sei gegen die Erschließung weiterer Neubaugebiete.